

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

Corona-Pandemie und Prekarität. Wie die Krise Risiken und Belastungen in unsicherer Arbeit und Beschäftigung verschärft.

17. Dezember 2020, 10.00 Uhr

Was prekäre, also unsichere, sozial unzureichend abgesicherte Beschäftigung konkret bedeutet und welche Risiken damit verbunden sind, wird in vollem Ausmaß in wirtschaftlichen Krisen sicht- und spürbar. Denn die Schutzwirkung sozialer Absicherungen kommt gerade in Krisensituationen zum Tragen. Die durch die Covid-Pandemie ausgelöste Krise hat den tiefsten Wirtschaftseinbruch und die größte Arbeitsmarktkrise seit dem zweiten Weltkrieg verursacht. Und Menschen in prekären Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen, die in den letzten Jahren zugenommen haben, sind in überproportional hohem Ausmaß von den negativen Folgen betroffen.

Das Mediengespräch nimmt die Verschärfung der mehrfachen Benachteiligungen, denen prekär Beschäftigte aufgrund ihrer fragilen Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse in der Corona-Pandemie ausgesetzt sind, aus wissenschaftlicher Perspektive in den Blick. Dabei kann gezeigt werden, dass gerade der Beschäftigungsstatus ausschlaggebend dafür ist, wie stark die Krise auf die Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen durchschlägt. Im Gespräch werden Aspekte wie Arbeitslosigkeit, Existenzbedrohungen, fehlende Ansprüche für Unterstützungsmaßnahmen, aber auch krisenbedingt gestiegene Belastungen und Gefährdungen in bestimmten Berufen und Arbeitssituationen evidenzbasiert analysiert. Und es wird die besondere Betroffenheit spezifischer sozialer Gruppen, wie MigrantInnen oder auch Frauen in und durch prekäre Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse in der Krise thematisiert.

Inputs:

[Dr.ⁱⁿ Bettina Haidinger](#), Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA)

Prekär Beschäftigte im Ausnahmezustand. Von Leiharbeit, über Solo-Selbständige bis zu hochmobiler Beschäftigung.

[Dr.ⁱⁿ Johanna Neuhauser](#), Institut für Soziologie, Universität Wien

„Migrantisierung“ von Prekarität. Migrantische Beschäftigung in der COVID-Krise.

Moderation

Moderation: Dr. Manfred Krenn (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

Abstracts der Inputs

Dr.ⁱⁿ Bettina Haidinger: Prekär Beschäftigte im Ausnahmezustand. Von Leiharbeit, über Solo-Selbständige bis zu hochmobiler Beschäftigung.

Die Covid-19-Krise zieht unterschiedliche gesundheitliche, soziale und ökonomische Folgen für Beschäftigte nach sich. Dabei ist der Status von Beschäftigten – ob sie über die Beschäftigung sozialversichert, solo-selbständig bzw. in leicht kündbaren Beschäftigungsverhältnissen sind und ob sie etwa von zu Hause aus oder im Ausland arbeiten – ausschlaggebend dafür, wie sich die Krise auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen auswirkt. Prekär Beschäftigte waren schon vor der Covid-19-Krise stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als andere, und wurden im Schnitt um 25 Prozent schlechter entlohnt (Knittler 2016) und weniger von etablierten und neuen sozialen Sicherungsnetzen aufgefangen. Bestimmte Bevölkerungsgruppen sind eher in prekären Beschäftigungsverhältnissen zu finden als andere. Migrantinnen etwa sind in der Reinigungsbranche überrepräsentiert, wo wiederum der Anteil von geringfügig Beschäftigten (14%) oder LeiharbeiterInnen (8 %) besonders hoch ist (Pirklbauer 2020).

Geringfügig Beschäftigte, Solo-Selbständige und LeiharbeiterInnen

In der aktuellen Krise zeigt sich nun, dass geringfügige Beschäftigungsverhältnisse besonders stark zurückgegangen sind. So waren im April 2020 rund ein Viertel weniger Frauen und 17 Prozent weniger Männer in geringfügiger Beschäftigung als im Vergleichsmonat des Vorjahres, zwischen Mai und September war der Rückgang nicht mehr so stark, im November lag er wieder bei 6,7%(Männer) und 12,2% (Frauen). Bei den unselbständigen Beschäftigten lag der Rückgang bei 5 Prozent im April und 1,4% im November (BMAFJ 2020). Geringfügig Beschäftigte fallen auch durch die gespannten Unterstützungsnetze: Für sie kann keine Corona-Kurzarbeit in Anspruch nehmen und sie erhalten keine Unterstützung aus dem Familienhärtefonds. Da aus ihrem Beschäftigungsverhältnis kein Anspruch auf Arbeitslosengeld entsteht, stehen sie im Fall des Jobverlusts ohne Einkommen da. Genauso fielen im Shutdown für viele Solo-Selbständige Umsätze und Einkommen weg und sie bleiben ohne die staatliche Unterstützung der automatischen Stabilisatoren. Nur wenige nahmen die Möglichkeit, sich gegen Arbeitslosigkeit selbst zu versichern, in Anspruch.

Eine Studie (BMSGK 2020) über die Auswirkungen der Covid-19 Krise auf die Einkommenslage der privaten Haushalte errechnete heterogene Entwicklungen: für das unterste Quintil der Haushalte ergeben sich sogar leicht positive Effekte aufgrund der Krisenmaßnahmen (etwa Kinderbonus, Arbeitslosenbonus), wohingegen ab dem 2. Quintil die Einkommenseinbußen steigen. In allen Quintilen kommt es zu Ausfällen aus Unselbständigeneinkommen, für die Gruppe der Selbständigen liegen noch keine Berechnungen vor. Laut des Bundesbudgetdiensts wurden, aus dem Härtefallfonds (der u.a. für EPUs geschaffen wurde), dotiert mit 2 Mrd. Euro, ca. 540 Mio. Euro ausbezahlt (Stand September 2020), pro Förderung eine durchschnittliche Auszahlung von lediglich 1,150 Euro (BMF 2020, S. 51). Für Deutschland wurde errechnet, dass die höchsten Einkommenseinbußen bei FreiberuflerInnen (-64,1%) und Selbständigen (-55,5%) zu verzeichnen waren (Kohlrausch/Hövermann, 2020). Der Vergleichszeitraum der Befragung war April und Juni 2020.

LeiharbeiterInnen verlieren in Krisensituationen oftmals als erste ihren Job. Das bestätigte sich auch in der Covid-19-Krise. Nur in manchen Branchen, z.B. den Postverteilungszentren, gab es eine erhöhte Nachfrage. Dabei zeigte sich einmal mehr, dass die Arbeitsbedingungen von Rand- und Kernbelegschaften zwar nicht offiziell, aber doch in der Praxis zweierlei Maß unterliegen, wie in den folgenden Abschnitten erläutert wird. Gleichzeitig, auch das zeigen Daten aus Deutschland, haben sie mit nahezu 50% sehr hohe Einkommenseinbußen zu tragen (im Vergleich zu 30% bei allen Erwerbstätigen.).

Verschärfung der Arbeitsbedingungen für hochmobile Beschäftigte

Unter hochmobile Beschäftigung fallen Personen, die entweder wegen ihres Berufs mobil sein müssen (z.B. LKW-FahrerInnen) oder Personen, die sich zur Ausübung ihrer Arbeit für

begrenzte Zeit weg von ihrem Wohnort bewegen (z.B. 24-Stunden-BetreuerInnen, ErntehelferInnen, entsandte BauarbeiterInnen). Auch für diese Beschäftigtengruppe brachte die Covid-19-Krise nochmals eine Verschärfung ihrer vorher schon schlechten Arbeitsbedingungen (Rasnača 2020). ErntehelferInnen wohnten in gesundheitlich unzumutbaren und unwürdigen Gemeinschaftsunterkünften; entsandte ArbeitnehmerInnen durften aufgrund der Grenzschließungen nicht nach Hause oder zurück an ihren Arbeitsplatz im Herkunftsland. Für (nach Österreich) entsandte ArbeitnehmerInnen gilt die Kurzarbeitsregelung nicht. In fast allen EU-Ländern wurden die Lenkzeiten für LKW-FahrerInnen verlängert und Ruhezeiten reduziert, um den Warenfluss aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig wurden Raststationen geschlossen oder FahrerInnen der Zugang aus Angst vor Ansteckung verwehrt. Das heißt, die LenkerInnen waren tage- bis wochenlang in ihrem LKW zum Essen, Schlafen und Leben gefangen.

Die Bedeutung des ArbeitnehmerInnenschutz für prekär Beschäftigte

Die Covid-19-Krise verweist auch auf die Bedeutung des ArbeitnehmerInnenschutzes, der in prekären Beschäftigungsverhältnissen oftmals nicht den Standards entspricht. Denn gerade dort, wo viele Beschäftigte zusammenstehen und der Sicherheitsabstand schwieriger einzuhalten ist – am Fließband oder in den Distributionszentren der Logistikunternehmen –, traten zu Beginn der Epidemie vermehrt Covid-19-Ansteckungen auf. In diesen Bereichen sind die Beschäftigungsverhältnisse eher prekär, die ArbeitnehmerInnen unterliegen als ArbeiterInnen oder LeiharbeiterInnen schlechteren Kündigungsbedingungen bei gleichzeitig hohen Produktivitätserfordernissen. Sie haben bei Arbeitsplatzverlust am Arbeitsmarkt schlechtere Chancen wieder in Beschäftigung zu gelangen.

Insofern ist ihre Verhandlungsmacht im Arbeitsverhältnis gering und die Informations- und Fürsorgepflicht der ArbeitgeberInnen wird ihnen gegenüber häufig vernachlässigt (keine Desinfektionsmittel, kein Sicherheitsabstand, keine Schutzmasken, keine Information über Covid-19-Fälle), was zu gesundheitlichen Gefährdungen führt. Der ArbeitnehmerInnenschutz ist eine der wichtigsten Regelungen, um den Zugriff auf die Ware Arbeitskraft zu begrenzen und die „Gesundheit sowie d[ie] Integrität und Würde“ (§ 3 Abs. 1 ASchG) von Beschäftigten zu schützen. Dabei sind zwei Aspekte in der aktuellen Krise besonders wichtig: Der ArbeitnehmerInnenschutz gilt auch für Leiharbeitskräfte, und er liegt in der Verantwortung des Arbeitgebers bzw. der Arbeitgeberin. Laut Gesetz (§ 3 Abs. 1) dürfen „[d]ie Kosten dafür [...] auf keinen Fall zu Lasten der Arbeitnehmer[Innen] gehen“. Schließlich ist festzuhalten, dass dem ArbeitnehmerInnenschutz auch in Normalarbeitsverhältnissen unzureichende Bedeutung beigemessen wird: So haben Handelsangestellte immer noch kein Recht auf eine Maskenpause. Die aktuelle Gesundheitskrise unterstreicht die Notwendigkeit eines soliden ArbeitnehmerInnenschutzes, der dem Anspruch, die (gesundheitliche) Integrität und Würde von ArbeitnehmerInnen zu sichern, gerecht wird.

Fazit: Corona verschärft die Situation

Die Corona-Krise trifft Beschäftigte, die arbeits- oder sozialrechtlich schlechter abgesichert sind, härter als Angestellte im Normalarbeitsverhältnis oder die Kernbelegschaft von Unternehmen. Schon vor der Krise waren LeiharbeiterInnen, Solo-Selbständige, geringfügig Beschäftigte oder entsandte ArbeitnehmerInnen von geringeren Verdienstmöglichkeiten, fehlender betrieblicher Integration, einem höheren Kündungsrisiko und oft unzureichendem sozialrechtlichem Schutz betroffen. Die Shutdowns haben ihre ökonomischen und sozialen Wunden hinterlassen. Jene, die als erste gehen mussten, werden die Auswirkungen am längsten spüren.

In der aktuellen Krise wird besonders deutlich, dass jene Beschäftigungsformen, die die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes befeuern, sich negativ auf die kurzfristige und langfristige soziale und ökonomische Situation der Beschäftigten auswirken. Gleichzeitig haben auch jene systemrelevanten Beschäftigungsgruppen, die nicht in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, wie etwa Gesundheitsberufe, mit verschlechterten Arbeitsbedingungen und erhöhtem Arbeitsdruck zu kämpfen. Sobald es um die bessere Bezahlung jener Berufsgruppen geht, scheint nur mehr systemrelevant, wer über die Finanzierung entscheidet (Seeßlein 2020).

Literatur

- AK (Portal der Arbeiterkammern) (2020) [AK hilft: Fabrik entließ nach Corona-Fällen voreilig drei Arbeiter](#). 22.6.2020
- AK OÖ (Arbeiterkammer Oberösterreich) (2020) [Arbeitsklima Index 2020 - Nr. 2](#). 24.6.2020
- BMSGPK (2020) COVID-19: Analyse der sozialen Lage in Österreich, Teil 1, vorläufige Version https://wifo.ac.at/wwadocs/News/Presseunterlagen_COVID-19_Soziale-Lage-in-Oesterreich.pdf
- BMF (2020) Analyse des Budgetdienstes, [https://www.parlament.gv.at/ZUSD/BUDGET/2020/BD - Budgetvollzug Jaenner bis August 2020 und COVID-19-Berichterstattung.pdf](https://www.parlament.gv.at/ZUSD/BUDGET/2020/BD_-_Budgetvollzug_Jaenner_bis_August_2020_und_COVID-19-Berichterstattung.pdf)
- [BMAFJ \(Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend\) \(2020\) bali](#)
- Knittler, Käthe (2016) Atypische Beschäftigung im Jahr 2015 und im Verlauf der Wirtschaftskrise. In: Statistische Nachrichten 6/2016, 416–422.
- Kohlrausch, Bettina/Hövermann Andreas (2020) Arbeit in der Krise, <https://www.wsi.de/de/blog-17857-arbeit-in-der-krise-27098.htm>
- Lehermayr, Christoph (2020) [Die Chronik der COVID-Krise bei der Post](#). In: Addendum. 3.6.2020
- Pirklbauer, Sybille (2020) [Gerechtigkeit für die wahren Leistungsträger*innen](#). In: A&W Blog. 29.5.2020
- Rasnača, Zane (2020) [Essential but unprotected: highly mobile workers in the EU during the Covid-19 pandemic](#). ETUI Policy Brief European Economic, Employment and Social Policy 9/2020. Covid-19 impact series. Brüssel: ETUI
- Seeßlein, Georg (2020) Coronakontrolle, oder: nach der Krise ist vor der Katastrophe, bahoe books, Wien.

Dr.ⁱⁿ Johanna Neuhauser: „Migrantisierung“ von Prekarität. Migrantische Beschäftigung in der COVID-Krise.

Die COVID-Krise hat eines besonders deutlich gemacht: Migrantische Arbeitskräfte waren und sind für die Aufrechterhaltung des Gesundheitswesens, der Lieferketten und der Landwirtschaft unverzichtbar. Gleichzeitig sind sie verstärkt von den desaströsen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie betroffen. Die gesellschaftliche Bedeutung von Arbeitsmigrant_innen steht jedoch im Widerspruch zur fehlenden Anerkennung ihrer Arbeit in Bezug auf Entlohnung, Arbeitsbedingungen und gesellschaftliche Wertschätzung.

Dass die Bedeutung von Arbeitsmigration wächst, verdeutlicht allein der Blick auf die Zahlen. Die Beschäftigung von Menschen nicht österreichischer Staatsbürgerschaft hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. 2019 betrug ihr Anteil 21,1% aller unselbstständig Beschäftigten (AMS/BMASGK 2020). Dafür waren insbesondere die Arbeitsmarktöffnungen 2011 und 2014 im Zuge der Osterweiterungen ausschlaggebend, wobei die Zunahme der Beschäftigten aus den EU-8-Staaten sowie aus Rumänien und Bulgarien vor allem auf die unteren drei Einkommensgruppen entfiel (Titelbach et al. 2018).

Die Auswirkungen der COVID-Krise auf die Beschäftigung von Migrant_innen zeigen ein ambivalentes Bild: Auf der einen Seite sind Migrant_innen laut der jüngsten OECD-Studie zu Migration stärker von Erwerbslosigkeit betroffen und es kam zu einem Rückgang der Migration (OECD 2020). In Österreich zeigen aktuelle Zahlen des AMS, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit von Menschen ohne österreichischen Pass mit 25,0% im Vergleich zum Vorjahr (Okt.) deutlich höher ist als jener von Österreicher_innen (19,7%) (AMS/BMASGK 2020). Migrierte sind vor allem deshalb besonders von den desaströsen Folgen der Pandemie auf dem Arbeitsmarkt betroffen, da sie häufiger instabile Beschäftigungsbedingungen haben. So sind sie überdurchschnittlich in von der wirtschaftlichen Krise besonders betroffene Sektoren wie Beherbergung und Gastronomie beschäftigt (51,7% haben in diesem Sektor eine ausländische Staatsbürgerschaft). Zudem führten die Grenzschließungen und Reisebeschränkungen vor allem bei vielen Pendelmigrant_innen zu Einkommensausfällen.

Auf der anderen Seite sind Migrierte überproportional in sogenannte systemrelevante Beschäftigung eingebunden. Infolgedessen sind sie verstärkt mit entgrenzter Mehrarbeit und Gefährdung durch eine Infektion aufgrund der Unmöglichkeit von Social Distancing konfrontiert. Das Infektionsrisiko ist laut einem aktuellen OECD-Bericht bei Migrierten zwei-

bis dreimal so hoch als bei im Inland Geborenen (OECD 2020). Erste Daten des Instituts für Höhere Studien zeigen auch für Österreich, dass das Risiko an COVID-19 zu erkranken für Menschen mit Migrationshintergrund deutlich höher ist. So sieht sich fast die Hälfte der nicht in Österreich oder den EU-15-Staaten geborenen Beschäftigten bei der Arbeit einem hohen Infektionsrisiko ausgesetzt (im Vergleich zu 28 % Österreicher_innen) (Steiber et al. 2020). Da sie sich besonders häufig in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen befinden, können sich Migrant_innen gezwungen sehen trotz Auftreten von COVID-19-Symptomen zu arbeiten (Guadagno 2020). Forschungen legen auch in pandemiefreien Zeiten nahe: Es gibt einen

Zusammenhang zwischen prekärer Arbeit und gesundheitlichen Risiken (Jain/Hassard 2014; Quinlan et al. 2001). Die Krise hat diesen Zusammenhang lediglich verschärft.

Die Grenzschließungen im März/April verdeutlichten außerdem die Abhängigkeit der österreichischen Wirtschaft von ausländischen Arbeitskräften. Die Landwirtschaft zählt beispielsweise zu einem jener Bereiche, in denen der Anteil von Migrant_innen an der Beschäftigung am stärksten angestiegen ist. Neben der Land- und Forstwirtschaft verzeichneten die Bereiche Beschäftigung in privaten Haushalten und Beherbergung und Gastronomie die höchsten Steigerungen (IHS 2018). Diese überproportionale Eingliederung von Migrierten in bestimmte, vor allem niedrig entlohnte, prekäre Arbeitsbereiche, die von österreichischen Arbeitnehmer_innen selbst in Krisenzeiten gemieden werden, bestätigen Theorien der Segmentierung des Arbeitsmarkts (z.B. Piore 1979). Dass dies mit den extrem prekären Arbeitsbedingungen verbunden ist, haben im Sommer die Skandale in Betrieben im Marchfeld und anderswo gezeigt. Die immer wieder vorgebrachte These des Ersatzes der migrantischen durch sogenannte einheimische Arbeitskraft in Krisenzeiten muss daher hinterfragt. So zeigt auch eine Studie zum österreichischen Arbeitsmarkt: Wenn es zu Verdrängungseffekten am Arbeitsmarkt durch Migration kommt, dann nur in Bezug auf länger ansässige Migrierte und dies in Phasen größeren Arbeitskräfteüberangebots wie in den Jahren der Arbeitsmarktöffnungen im Zuge der Ostererweiterung (IHS 2018). Insgesamt deuten die Befunde auf eine zunehmende „Migrantisierung“ prekärer Arbeit und Beschäftigung (Neuhauser 2019).

Besonders deutlich hat die COVID-Krise außerdem gemacht, dass der Pflegebedarf nicht ohne Arbeitskräfte aus dem Ausland gedeckt werden kann – ein Problem, das in Zukunft mit dem Älterwerden der Bevölkerung noch virulenter wird. Bis 2030 wird der Pflegepersonenbedarf um zusätzlich zirka 76.000 Personen steigen (Rappold/Juraszovich 2019). Die Bedeutung des Bereichs, in dem über 70% Frauen arbeiten steht im Kontrast zu seiner gesellschaftlichen Anerkennung. Schon vor Corona beklagten Beschäftigte in der Pflege Arbeitsverdichtung und Zeitdruck (Becke/Bleses 2016). Dabei sind jene Bereiche, in denen der Ausländeranteil besonders hoch ist, wie die 24-Stundenpflege, besonders prekär. Da sie seit 2007 offiziell selbstständige Ein-Personen-Unternehmen sind, gelten für sie die Schutzstandards des Arbeitsrechts wie ein kollektivvertraglicher Mindestlohn, bezahlter Krankenstand und gewerkschaftliche Vertretung nicht (Bachinger 2016). Aufgrund der Abhängigkeit von privaten Vermittlungsagenturen ist die Selbstständigkeit jedoch meist nur ein Schein (ebd.).

Neben ihrer überdurchschnittlichen Beschäftigung in besonders abgewerteten Arbeitsbereichen kann sich die Prekarität von Migrant_innen durch einen unsicheren Aufenthaltsstatus weiter erhöhen. In den Branchen wie Bau, Pflege in Privathaushalten und Gastronomie kommt es auch in Österreich immer wieder zu irregulärer Arbeit aufgrund von rechtlich-formaler Prekarität (Krenn et al. 2012: 29). Neben den Arbeitsbedingungen müssen außerdem die häufig prekären Wohn- und Lebensbedingungen von Arbeitsmigrant_innen betrachtet werden. Wir können daher von einer „multiplen Prekarität“ sprechen, von der Migrierte im besonderen Ausmaß betroffen sind (Birke 2020).

Gleichzeitig zeigt die Betroffenheit von Migrierten durch die COVID-Krise in beide Richtungen – also erhöhte Arbeitslosigkeit sowie Überarbeitung/Ausbeutung – auch allgemeine Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten in Richtung Prekarisierung von Arbeit und Beschäftigung auf. Es braucht daher dringend eine öffentliche Debatte über die Bedeutung migrantischer Arbeit für unsere Gesellschaft. Denn nur wenn etwas daran geändert wird, wie Arbeit ungleich verteilt ist und migrantisierte und feminisierte Branchen aufgewertet werden können, wird die Anerkennung systemrelevanter Arbeitskräfte nicht in einem kurzen Applaus verpuffen.

Quellen

AMS/BMASGK (2020). Portal der Arbeitsmarktdatenbank des Arbeitsmarktservice Österreich und des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, <http://iambweb.ams.or.at/ambweb/>

Becke, G., Bleses, P. (2016). Pflegepolitik ohne Arbeitspolitik? Entwicklungen im Feld der Altenpflege. Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften, 57, 105–126.

Birke, P. (2020). Die Fleischindustrie in der Coronakrise. Eine Studie zu Arbeit, Migration und multipler Prekarität. Sozial.Geschichte Online 29, <https://sozialgeschichteonline.files.wordpress.com/2020/12/birke-fleischindustrie-vorveroeffentlichung-heft-28-pdf.pdf>

Guadagno, L. (2020). Migrants and the COVID-19 pandemic: An initial analysis. International Organization for Migration (IOM). <https://publications.iom.int/system/files/pdf/mrs-60.pdf>.

Jain, A., Hassard, J. (2014). Precarious work: definitions, workers affected and OSH consequences. https://oshwiki.eu/wiki/Precarious_work:_definitions,_workers_affected_and_OSH_consequences

Krenn, M., Saunders, E., Saupe, B. (2012). Prekäre Integration—die soziale Verwundbarkeit von MigrantInnen und ihre Integration durch Erwerbsarbeit. FORBA Forschungsbericht.

Neuhauser, J. (2019). Die Funktion migrantischer Arbeit: Zur Aktualität klassischer Segmentationstheorien. In: Kurswechsel 3, 13-22.

OECD (2020): What is the impact of the COVID-19 pandemic on immigrants and their children? OECD Policy Responses to Coronavirus (COVID-19). <http://www.oecd.org/coronavirus/policy-responses/what-is-the-impact-of-the-covid-19-pandemic-on-immigrants-and-their-children-e7cbb7de/>

Piore, M. (1979). Birds of passage: migrant labor and industrial societies. Cambridge: Cambridge University Press.

Quinlan, M., Mayhew, C. Bohle, P. (2001). The global expansion of precarious employment, work disorganization, and consequences for occupational health: a review of recent research. International journal of health services, 31(2), 335–414.

Rappold, E., Juraszovic, B. (2019). Pflegepersonal-Bedarfsprognose für Österreich. Gesundheit Österreich GmbH. https://jasmin.goeg.at/1080/1/Pflegepersonalprognose%202030_bf.pdf

Steiber, N., Liedl, B., Molitor, P. (2020). Infektionsrisiko am Arbeitsplatz: Das Risiko für eine Corona-Infektion ist ungleich verteilt: 19. November 2020; <https://awblog.at/infektionsrisiko-am-arbeitsplatz-ungleich-verteilt/>

Titelbach, G., Fink, M., Hye, R., Valkova, K. (2018). Beschäftigungsentwicklung von Inländer/inne/n und Ausländer/inne/n am österreichischen Arbeitsmarkt. Institut für Höhere Studien (IHS).

Weiteres:

[BEIGEWUM Covid – Kaleidoskop: Wie die Krise die Ungleichheit verschärft](#)

Das COVID-Kaleidoskop ist eine Online-Publikation des BEIGEWUM, die über den Sommer 2020 entstanden ist, und versucht einen möglichst breiten Blick auf die gesellschaftlichen Folgen der Pandemie zu werfen. Es beinhaltet Kommentare, Interviews und wissenschaftliche Beiträge, die die Covid-Krise aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten.

Über die Expertinnen

[Dr.ⁱⁿ Bettina Haidinger](#) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt. Forschungsschwerpunkte: Logistik, globale Wertschöpfung und industrielle Beziehungen, Arbeitsstandards und Europäische Integration – haidinger@forba.at

[Dr.ⁱⁿ Johanna Neuhauser](#) ist Universitätsassistentin (post doc) am Institut für Soziologie der Universität Wien. Ihre Arbeitsgebiete sind Arbeitsmigration und migrantische Arbeit, Geschlecht und Intersektionalität und globale Ungleichheit und Nord-Süd-Verhältnisse. Sie ist außerdem Vorstandsmitglied im Beigewum (Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen). – johanna.neuhauser@univie.ac.at

Kontakt für Rückfragen

Dr. Manfred Krenn

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43-1-31336 5604 | M: +43-677-620 44 3

E: krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at

W: <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Nina Spurny, BA MA

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

M: +43 660 34 37 35 9

E: spurny@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Dr. Alexander Behr

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

M: +43 650-34 38 37 8

E: alexander.behr@univie.ac.at

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative von Wissenschaftler*innen, die dafür eintritt, dass wissenschaftliche Erkenntnisse ihre Bedeutung für den öffentlichen Diskurs und für politische Entscheidungen (wieder)erlangen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website.